



KANTON
URI

Rechenschaftsbericht
über die Rechtspflege
des Kantons Uri
in den Jahren
2004 und 2005

März 2006

Das Obergericht des Kantons Uri an den Landrat des Kantons Uri

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

In Nachachtung von Art. 102 Abs. 2 KV wird Ihnen Rechenschaftsbericht über die Rechtspflege im Kanton Uri in den Jahren 2004 und 2005 erstattet.

Das Obergericht empfiehlt den Rechenschaftsbericht Ihrem Interesse und ersucht Sie um dessen Genehmigung.

Altdorf, 17. Februar 2006

OBERGERICHT DES KANTONS URI

Der Präsident: R. Dittli
Die Gerichtsschreiber: G. Cantoni
H. Jenni

Inhaltsverzeichnis

Seite

1. Teil: Rechenschaftsbericht

A Allgemeines

I	Gestaltung Bericht	1
II	Personelles	1
III	Geschäftslast	2
IV	Weiterbildung	2
V	Verschiedenes	3

B Tätigkeit der richterlichen Behörden

I	Vermittler	4
II	Landgerichtspräsidenten	5
III	Landgerichte	8
IV	Obergericht	11
V	Staatsanwaltschaft	15
VI	Verhörer	16
VII	Jugendanwaltschaft	19
VIII	Jugendgericht	21

C Tätigkeit übriger Behörden

I	Aufsichtskommission über die richterlichen Behörden und die Rechtsanwälte	22
II	Anwaltsprüfungskommission	24
III	Aufsichtsbehörde über Schuldbetreibung und Konkurs	25
IV	Betreibungsämter	26
V	Konkursamt	27
VI	Schätzungskommission im Expropriationsverfahren	27

2. Teil: Auszüge aus Entscheiden

A	Zivil- und Zivilprozessrecht	29
B	Straf- und Strafprozessrecht	46
C	Verwaltungsrecht und Verwaltungsrechtspflege	53
D	Aufsicht über die richterlichen Behörden und die Rechtsanwälte	120
E	Schuldbetreibungs- und Konkursrecht	132
F	Anwaltsprüfungsrecht	134

3. Teil: Abkürzungsverzeichnis

137

1. Teil: Rechenschaftsbericht

1. Teil: Rechenschaftsbericht

A Allgemeines

I Gestaltung Bericht

Der vorliegende Bericht lehnt sich in seiner Gestaltung an die letzten Berichte an. Die gleichbleibend aufgebauten statistischen Angaben sollen auch aussagekräftige Vergleiche über die Tätigkeit der richterlichen Behörden über eine längere Zeitperiode ermöglichen. Unumgänglich sind Anpassungen etwa an Gesetzesänderungen, die zu veränderten Zuständigkeiten führen. Vorliegend wurden zudem die statistischen Tabellen des Landgerichtes Ursern als Strafgericht in Übereinstimmung mit jenen des Landgerichtes Uri als Strafgericht gebracht. Wo bestehend, werden die gesetzlichen Begriffe verwendet. Der Entscheidteil enthält vor allem Entscheide, die der Rechtsfortbildung dienen sollen. Dem Bericht liegt wiederum ein separates Gesetzes- und Sachregister bei. Das Register umfasst aus Gründen eines zweckmässigen Arbeitsinstrumentes auch die Rechenschaftsberichte der fünf letzten Vorperioden. Die Rechenschaftsberichte über die Rechtspflege des Kantons Uri sind ab dem Jahr 1970 auf Swisslex-Westlaw, ab den Jahren 1994/95 auch über das Internet (www.ur.ch) abrufbar.

II Personelles

Auf Ende 2005 ist lic. iur. Astrid Rogenmoser als Verhorrichterin I Uri zurückgetreten. Sie nahm diese Aufgabe seit Mai 2002 wahr. Der Regierungsrat des Kantons Uri wählte lic. iur. Thomas Imholz als neuen Verhorrichter I Uri. Der Stellenantritt erfolgte am 1. Januar 2006. Bereits auf Ende Mai 2004 demissionierte lic. iur. Markus Züst nach über 20-jähriger Tätigkeit als Verhorrichter II Uri infolge seiner Wahl in den Regierungsrat des Kantons Uri. Dieser wählte Fürsprecher David Steimer als neuen Verhorrichter II Uri. Lic. iur. Jessica Reuille trat am 1. Februar 2005 als Nachfolgerin von lic. iur. Alexander Büning ihre Tätigkeit als neue Landgerichtsschreiberin Uri an. Die verlängerte 50%-Teilzeitstelle von lic. iur. Silvia Ruchti als Landgerichtsschreiberin Uri endete am 31. Dezember 2004. Als Nachfolger nahm lic. iur. Stefan Birrer seine Tätigkeit als Landgerichtsschreiber Uri auf (bis Ende 2006 befristete 50%-Teilzeitstelle). Der Regierungsrat wählte weiter lic. iur. Heinz Gisler, Landgerichtsschreiber Uri, auf den 1. August 2005 als stellvertretenden Gerichtsschreiber beim Landgericht Ursern. In verschiedenen Gemeinden wurden die Vermittler- und Betreibungsämter oder deren Stellvertretung neu besetzt. Die personelle Zusammensetzung der richterlichen Behörden und der im Rechenschaftsbericht aufgeführten übrigen Behörden ergibt sich im weiteren aus dem Staatskalender. Den zurückgetretenen Behördenmitgliedern gilt auch an dieser Stelle der Dank für die geleisteten Dienste.

III Geschäftslast

Die Anzahl der Fälle vermag bestenfalls Anhaltspunkte für die Arbeitsbelastung zu geben. Die einzelnen Geschäfte verursachen einen sehr unterschiedlichen Aufwand. Von grösserer Bedeutung als die Anzahl Geschäfte sind deren Umfang und Komplexität. Fortgesetzt hat sich die Tendenz, dass die Prozesse immer komplexer werden. Dies hängt mit der Vielschichtigkeit unserer Lebensverhältnisse und der weiterhin zugenommenen Verrechtlichung unserer Gesellschaft zusammen. Die Anforderungen an die Begründungsdichte eines Entscheides einer Rechtsmittelinstanz sind in der Regel höher.

Das am 1. Januar 2000 in Kraft getretene neue Scheidungsrecht hat grundsätzlich für die Parteien eine Vereinfachung des Verfahrens mit sich gebracht. Die praktische Erfahrung zeigt, dass die Parteien die von ihnen nach der Anhörung zwingend abzuwartende 2-monatige Bedenkfrist, um den Scheidungswillen und die Vereinbarung über die Nebenfolgen der Scheidung zu bestätigen, als überflüssige Verzögerung der Scheidung erachten. Ob als Folge der Einführung des neuen Scheidungsrechts oder ganz grundsätzlich wegen der schwierigen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen ist eine steigende Anzahl von Scheidungsabänderungsverfahren zu verzeichnen. Während der Berichtsperiode gelang es, die seit Jahren anstehenden Pendenzen am Landgericht Uri (Zivilrechtliche Abteilung) weitgehend abzubauen. Dabei hatte, bedingt durch den Ausstand der Präsidentin (Vorsitzende der Zivilrechtlichen Abteilung), der Landgerichtsvizepräsident neben seinem angestammten Aufgabengebiet als Vorsitzender der Strafrechtlichen Abteilung in zum Teil umfangreichen Fällen den Vorsitz zu führen. Neben dem vermehrten Einsatz des Landgerichtsvizepräsidenten als Zivilgerichtspräsident wurde der Abbau aber auch möglich durch die erhöhte, zur Verfügung stehende Gerichtsschreiberkapazität. So standen in der Berichtsperiode dem Landgericht Uri 300 Stellenprozente zur Verfügung, während es noch Ende der Berichtsperiode 2000/01 rund 200 Stellenprozente waren.

IV Weiterbildung

Im Rahmen des zeitlich Möglichen und eines vernünftigen Kosten-Nutzen-Verhältnisses blieb die Weiterbildung wichtiges Anliegen. Entsprechende Veranstaltungen waren dem Vergaberecht, dem Sozialversicherungsrecht, der Revision des allgemeinen Teils des StGB, dem Strassenverkehrsrecht, dem Familienrecht (Kind und Scheidung; Scheidungsfolgen) und dem Rechnungswesen und der Bilanzanalyse gewidmet. Eine weitere besuchte Veranstaltung hatte das Thema «Wenn das Recht zur Sprache kommt» zum Inhalt. Je nach Thema nahmen jeweils verschiedene Mitglieder verschiedener richterlicher Behörden und Gerichtsschreiberinnen und Gerichtsschreiber an den Veranstaltungen teil. Diese fanden ausserhalb des Kantons mit auswärtigen Referenten statt. Einzelne Veranstaltungen wurden durch die Zentralschweizerische Vereinigung der Richterinnen und Richter und die Konferenz der nicht vollamtlichen Bezirksrichterinnen und -richter im Kanton Zürich und das Obergericht des Kantons Zürich organisiert und durchgeführt. Für die Vermittler und Vermittlerin und

deren Stellvertreter und Stellvertreterinnen führte das Obergericht im Juni 2005 in Seedorf eine Ausbildungsveranstaltung durch. Gegenstand bildeten Fragen aus der Praxis. Auch im Nachgang zu dieser Veranstaltung wurde durch das Obergericht die Wegleitung für die Vermittler überarbeitet.

V Verschiedenes

Verschiedene richterliche Behörden liessen sich zu verschiedenen Gesetzesvorlagen vernehmen. Erwähnt seien auf Bundesebene die Änderung des BGFA und die Umsetzung der Verwahrungsinitiative und auf kantonaler Ebene die Änderung der StPO und die Revision des Gerichtsgebührenreglements.

B Tätigkeit der richterlichen Behörden

Die Reihenfolge der Behörden ergibt sich grundsätzlich aus dem GOG. Die Vergleichszahlen der letzten Berichtsperiode werden jeweils in Klammern angeführt. Enthielt die Statistik der letzten Berichtsperiode keine entsprechenden Zahlen, fehlen Klammern überhaupt. Bei den noch hängigen Geschäften handelt es sich um Verfahren, die sistiert worden sind, bei denen ein Beweisverfahren hängig ist oder die erst gegen Ende der Berichtsperiode eingegangen sind und daher in dieser nicht mehr zur abschliessenden Behandlung gelangen konnten. Als erledigt gilt ein Verfahren, wenn die motivierte Ausfertigung des Entscheides versandt ist oder feststeht, dass, wo zulässig, keine Motivierung erfolgen muss.

I Vermittler

Vermittlerstatistik

	Anzahl der durchgeführten Vermittlerverhandlungen		Ergebnis der Verhandlungen				Abschreibung Vermittlungsgesuche	
			vermittelt		unvermittelt			
Altdorf	11	(30)	4	(8)	7	(22)	8	(4)
Andermatt	5	(3)	1	(-)	4	(2)	1	(1)
Attinghausen	2	(1)	1	(-)	1	(1)	4	(2)
Bauen	-	(-)	-	(-)	-	(-)	-	(-)
Bürglen	5	(2)	3	(-)	2	(2)	1	(2)
Erstfeld	15	(19)	5	(2)	10	(16)	2	(1)
Flüelen	3	(3)	-	(2)	3	(1)	-	(4)
Göschenen	2	(-)	2	(-)	-	(-)	2	(-)
Gurtellen	1	(1)	-	(-)	1	(1)	-	(-)
Hospental	-	(1)	-	(-)	-	(1)	-	(-)
Isenthal	-	(-)	-	(-)	-	(-)	-	(-)
Realp	-	(-)	-	(-)	-	(-)	-	(1)
Schattdorf	2	(4)	1	(2)	1	(2)	5	(7)
Seedorf	2	(1)	1	(1)	1	(-)	3	(-)
Seelisberg	1	(1)	1	(-)	-	(1)	1	(-)
Silenen	2	(1)	1	(-)	1	(1)	2	(-)
Sisikon	1	(1)	1	(-)	-	(1)	-	(-)
Spiringen	-	(-)	-	(-)	-	(-)	-	(-)
Unterschächen	-	(-)	-	(-)	-	(-)	-	(-)
Wassen	4	(2)	-	(-)	4	(2)	3	(-)
Total	56	(70)	21	(15)	35	(53)	32	(22)

Es mussten keine (-) Ordnungsbussen von Vermittlern ausgesprochen werden.

II Landgerichtspräsidenten

A Landgerichtspräsidentin Uri

1. Geschäftslast

Neueingänge	aus Vorperiode übernommen	erledigt	davon ohne Motiv	pendent
1061 (823)	139 (128)	1115 (831)	456 (469)	85 (120)

2. Geschäftsfälle/Art der Erledigung

	Erledigungs- beschlüsse	Abweisung	Gutheissung
Personenrecht	1 (1)	- (-)	2 (-)
Familienrecht	65 (55)	6 (4)	144 (117)
Erbrecht	- (-)	- (-)	- (-)
Sachenrecht	25 (30)	4 (3)	42 (33)
Nebenerlasse zum ZGB	- (-)	- (-)	- (-)
Allgemeine Bestimmungen OR	1 (-)	- (-)	1 (-)
Arbeitsvertragsrecht	13 (16)	3 (1)	3 (-)
Miet- und Pachtrecht	6 (13)	1 (1)	7 (9)
Übriges Vertragsrecht	17 (17)	3 (-)	10 (4)
Handelsrecht	- (1)	- (-)	4 (-)
Wertpapierrecht	- (1)	- (-)	5 (7)
Nebenerlasse zum OR	- (-)	- (-)	1 (-)
Rechtshilfe	78 (52)	- (-)	- (-)
Unentgeltliche Rechtspflege	22 (6)	18 (10)	75 (66)
Sicherheitsleistungen	1 (-)	2 (1)	1 (2)
Vorsorgliche Beweisabnahme	1 (2)	- (-)	3 (1)
Allgemeine Verbote	1 (2)	- (-)	22 (16)
Vollstreckungen	2 (1)	- (-)	1 (2)
Rechtsöffnungsverfahren	65 (67)	21 (18)	126 (75)
Konkursverfahren	105 (62)	3 (-)	106 (41)
Nachlassverfahren/Notstundung	- (-)	- (-)	- (2)
Arrest	4 (3)	- (-)	5 (7)
Klagen im Zusammenhang SchKG	8 (11)	- (1)	7 (2)
Haftentlassung/-verlängerung	- (8)	1 (9)	8 (7)
Überwachung gemäss StPO 133	- (-)	- (-)	3 (6)
Rekurse gegen Verfügungen des Ver- horrichters und des Staatsanwaltes *	5	20	4
Haftfälle nach ANAG	- (-)	1 (-)	30 (35)
Übrige Verfahren	2 (3)	- (-)	- (-)
Total	422 (351)	83 (48)	610 (432)

* Neue Zuständigkeit der Landgerichtspräsidentin Uri für den Gerichtsbezirk Uri

B Landgerichtsvizepräsident Uri

1. Geschäftslast

Neueingänge	aus Vorperiode übernommen	erledigt	davon ohne Motiv	pendent
19 (54)	1 (-)	18 (34)	- (-)	2 (20)

2. Geschäftsfälle/Art der Erledigung

	Abschreibung		Abweisung Nichteintreten		Gut- heissung	
Rekurse gegen Verfügungen des Verhörrichters und des Staatsanwaltes *		(-)		(7)		(-)
Notwendige/amtliche Verteidigungen	1	(1)	1	(1)	8	(21)
Weitere nach Strafprozessordnung	-	(-)	2	(-)	6	(4)
Total	1	(1)	3	(8)	14	(25)

* Seit 01. Juli 2004 Zuständigkeit der Landgerichtspräsidentin Uri für den Gerichtsbezirk Uri

C Landgerichtspräsidentin Ursern

1. Geschäftslast

Neueingänge	aus Vorperiode übernommen	erledigt	davon ohne Motiv	pendent
53 (57)	5 (12)	48 (64)	41 (38)	10 (5)

2. Rechtsgebiete/Art der Erledigung

	Abschreibung		Abweisung Nichteintreten		Gutheissung	
Eherecht	-	(2)	2	(1)	3	(8)
Sachenrecht	-	(-)	1	(-)	-	(2)
Mietrecht	-	(4)	-	(1)	1	(-)
Arbeitsvertragsrecht	-	(3)	-	(-)	1	(-)
Schuldbetreibung und Konkurs	22	(16)	-	(3)	11	(5)
Andere	5	(5)	-	(1)	2	(9)
Total	27	(30)	3	(6)	18	(28)

D Landgerichtsvizepräsident Ursern

1. Geschäftslast

Neueingänge	aus Vorperiode übernommen	erledigt	davon ohne Motiv	pendent
1 (-)	- (-)	- (-)	- (-)	1 (-)

2. Geschäftsfälle/Art der Erledigung

	Erledigungs- beschlüsse	Abweisung	Gutheissung
Haftentlassung/-verlängerung	-	-	-
Überwachung gemäss StPO 133	-	-	-
Rekurse gegen Verfügungen des Verhörterichters und des Staatsanwaltes	-	-	-
Haftfälle nach ANAG	-	-	-
Total	-	-	-

III Landgerichte

A Landgericht Uri

1. Zivilrechtliche Abteilung

1.1 Geschäftslast

Neueingänge	aus Vorperiode übernommen	erledigt	davon ohne Motiv	pendent
48 (54)	62 (59)	96 (51)	18 (33)	14 (62)

1.2 Rechtsgebiete/Art der Erledigung

	Erledigungs- beschlüsse	Abweisung	Gutheissung
Familienrecht	10 (6)	2 (-)	21 (7)
Erbrecht	2 (1)	- (-)	- (-)
Sachenrecht	5 (6)	- (-)	1 (1)
Miet- und Pachtrecht	1 (-)	- (-)	- (-)
Arbeitsvertragsrecht	5 (8)	- (-)	5 (-)
Übriges Vertragsrecht	16 (7)	5 (-)	7 (2)
Handelsrecht	1 (-)	1 (1)	- (-)
Nebenerlasse zum OR	- (2)	- (1)	- (-)
Übriges Privatrecht	- (-)	- (-)	- (-)
Schuldbetreibung und Konkurs	6 (3)	- (-)	2 (-)
Ehrverletzung (Art. 173-178 StGB)	3 (3)	1 (-)	- (1)
Personenrecht	1 (2)	- (-)	1 (-)
Total	50 (38)	9 (2)	37 (11)

2. Strafrechtliche Abteilung

2.1 Geschäftslast

	Neu- eingänge	aus Vorpe- riode über- nommen	erledigt	davon ohne Motiv	pendent
Anklagen	103 (112)	30 (14)	109 (92)	36 (48)	24 (34)
Gesuche					
• Umwandlung Busse in Haft	7 (8)	3 (4)	10 (12)	- (-)	- (-)
• andere nachträgliche richterliche An- ordnungen (StPO)	13 (18)	1 (1)	14 (19)	- (-)	- (-)
Total	123 (138)	34 (19)	133 (123)	36 (48)	24 (34)

2.2 Art der Erledigung

Anklagen

Abschreibung Einstellung	Verurteilung	teilweiser Freispruch	Vollständiger Freispruch
54 (34)	43 (49)	3 (-)	9 (9)

Gesuche

Abschreibung	Abweisung	ganze/teilweise Gutheissung
4 (5)	1 (2)	19 (24)

2.3 Rechtsgebiete *

StGB	17	(25)
SVG	82	(61)
SDR	1	
BetmG	1	(1)
ANAG	-	(-)
JSG	-	(-)
Andere	8	(5)
Total	109	(92)

* Hauptstraftatbestände der erledigten Anklagen

B Landgericht Ursern

1. Zivilgericht

1.1 Geschäftslast

Neueingänge	aus Vorperiode übernommen	erledigt	davon ohne Motiv	pendent
8 (1)	1 (4)	3 (3)	3 (3)	6 (1)

1.2 Rechtsgebiete/Art der Erledigung

	Abschreibung	Abweisung Nichteintreten	Gutheissung
Eherecht	1 (2)	1 (-)	- (-)
Forderungen	- (-)	- (-)	- (1)
Schuldbetreibung und Konkurs	- (-)	- (-)	- (-)
Andere	1 (-)	- (-)	- (-)
Total	2 (2)	1 (-)	- (1)

2. Strafgericht

2.1 Geschäftslast

	Neu- eingänge	aus Vorpe- riode über- nommen	erledigt	davon ohne Motiv	pendent
Anklagen	11 (25)	7 (2)	17 (20)	12 (11)	1 (7)
Gesuche					
• Umwandlung Busse in Haft	-	-	-	-	-
• andere nachträgliche richterliche An- ordnungen (StPO)	-	-	-	-	-
Total	11 (25)	7 (2)	17 (20)	12 (11)	1 (7)

2.2 Art der Erledigung

Anklagen

Abschreibung Einstellung	Verurteilung	teilweiser Freispruch	Vollständiger Freispruch
7	8	1	1

Gesuche

Abschreibung	Abweisung	ganze/teilweise Guttheissung
-	-	-

2.3 Rechtsgebiete *

StGB	-	(-)
SVG	17	(20)
BetmG	-	
ANAG	-	
JSG	-	
Andere	-	(-)
Total	17	(20)

* Hauptstraftatbestände der erledigten Anklagen

IV Obergericht

1. Gesamtgericht

Rechtsfälle waren keine zu entscheiden.

2. Zivilrechtliche Abteilung

2.1 Geschäftslast

angefallene Geschäfte	Neu- eingänge	aus Vorperiode übernommen	erledigt	davon ohne Motiv	pendent
Berufungen	15 (10)	5 (6)	10 (10)	-	10 (6)
Rekurse	69 (35)	6 (7)	59 (36)	12	16 (6)
Klagen	- (-)	- (-)	- (-)	-	- (-)
Gesuche	- (2)	- (-)	- (2)	-	- (-)
Revision	- (-)	- (-)	- (-)	-	- (-)
Total	84 (47)	11 (13)	69 (48)	12	26 (12)

2.2 Rechtsgebiete/Art der Erledigung

	Abschreibung	Nichteintreten	Abweisung	ganze/ teilweise Guttheissung
Ehe- und Kindsrecht	- (2)	- (-)	- (1)	3 (4)
Sachenrecht	- (1)	- (1)	1 (1)	- (2)
Kaufrecht	- (-)	- (-)	- (-)	- (-)
Mietrecht	- (-)	- (-)	1 (-)	1 (1)
Arbeitsvertragsrecht	- (-)	- (-)	1 (-)	1 (-)
Zivilprozessrecht	1 (3)	2 (2)	10 (3)	12 (3)
Schuldbetreibung und Konkurs	3 (2)	5 (1)	7 (1)	4 (8)
unentgeltliche Rechtspflege	1 (1)	- (-)	3 (-)	2 (1)
Andere	2 (3)	4 (-)	3 (3)	2 (4)
Total	7 (12)	11 (4)	26 (9)	25 (23)

2.3 Weiterzüge an das Bundesgericht

Es wurden 5 (1) Berufungen eingereicht, wovon 4 (-) abgewiesen wurden. 1 (-) Verfahren ist noch hängig. Es wurden 7 (4) staatsrechtliche Beschwerden erhoben. 5 (2) wurden abgewiesen, auf 1 (1) wurde nicht eingetreten, 1 (-) staatsrechtliche Beschwerde ist noch hängig.

3. Strafrechtliche Abteilung

3.1 Geschäftslast

angefallene Geschäfte	Neu- eingänge		aus Vorperiode übernommen		erledigt		davon ohne Motiv		pendent	
Berufungen	17	(18)	11	(10)	25	(17)	5	(3)	3	(11)
Gesuche	4	(2)	-	(-)	4	(2)	2	(-)	-	(-)
Revisionen	-	(-)	-	(-)	-	(-)	-	(-)	-	(-)
Total	21	(20)	11	(10)	29	(19)	7	(3)	3	(11)

3.2 Rechtsgebiete/Art der Erledigung

	Rückzug Abschreibung		Nichteintreten		Abweisung		ganze/ teilweise Gutheissung	
StGB	-	(2)	-	(-)	1	(1)	5	(2)
SVG	4	(1)	2	(-)	6	(3)	9	(5)
BetmG	-	(-)	-	(-)	-	(-)	-	(-)
Andere	-	(1)	-	(-)	-	(1)	2	(3)
Total	4	(4)	2	(-)	7	(5)	16	(10)

3.3 Weiterzüge an das Bundesgericht

Es wurden 4 (1) Nichtigkeitsbeschwerden erhoben. Das Bundesgericht wies 3 (2) Nichtigkeitsbeschwerden ab, während es 1 (-) teilweise guthiess. Von den eingereichten 2 (-) staatsrechtlichen Beschwerden wurde 1 (-) abgewiesen. Auf 1 (-) trat das Bundesgericht nicht ein.

4. Verwaltungsrechtliche Abteilung

4.1 Geschäftslast

angefallene Geschäfte	Neueingänge		aus Vorperiode übernommen		erledigt		pendent	
Beschwerden	88	(60)	28	(41)	84	(72)	32	(29)
Klagen	4	(4)	2	(5)	5	(7)	1	(2)
Gesuche	1	(2)	-	(-)	1	(2)	-	(-)
Revision	1	(-)	-	(-)	1	(-)	-	(-)
Total	94	(66)	30	(46)	91	(81)	33	(31)

4.2 Rechtsgebiete/Art der Erledigung

a Sozialversicherungsrecht

	Abschreibung		Nichteintreten		Abweisung		ganze/ teilweise Gutheissung		pendent	
AHVG	1	(3)	1	(-)	-	(2)	1	(2)	-	(1)
IVG	-	(4)	-	(1)	7	(-)	4	(9)	11	(4)
KVG	2	(2)	-	(-)	-	(-)	-	(-)	3	(1)
UVG	-	(-)	-	(-)	4	(-)	2	(3)	6	(4)
AVIG	-	(-)	-	(-)	1	(2)	-	(2)	-	(-)
BVG	-	(1)	-	(-)	1	(-)	-	(1)	-	(-)
Andere	1	(1)	1	(-)	1	(2)	1	(-)	-	(4)
Total	4	(11)	2	(1)	14	(6)	8	(17)	20	(14)

b Abgaberecht

	Abschreibung		Nichteintreten		Abweisung		ganze/teilweise Gutheissung		pendent	
BdBSt/DBG	3	(1)	1	(2)	-	(1)	2	(1)	3	(3)
StG	3	(4)	-	(2)	-	(3)	3	(2)	3	(3)
GS- Schätzung	-	(-)	-	(-)	2	(1)	-	(1)	-	(1)
GGStG	-	(1)	-	(1)	4	(2)	-	(-)	-	(1)
Andere	-	-	-	-	1	-	5	-	1	-
Total	6	(6)	1	(5)	7	(7)	10	(4)	7	(8)

c Andere

	Abschrei- bung		Nicht- eintreten		Abweisung		ganze/teil- weise Gut- heissung		pendent	
Administrativmass. (SVG)	-	(-)	1	(-)	-	(-)	1	(1)	-	(-)
Ausländerrecht	-	-	5	(-)	2	(1)	9	(1)	1	(2)
Bau-/Raumplanungsrecht	1	(-)	1	(-)	2	(2)	-	(1)	1	(3)
Bäuerlicher Grundbesitz	1	(-)	-	(-)	1	(-)	-	(-)	-	(1)
Schulwesen	-	(-)	-	(1)	-	(2)	-	(-)	-	(-)
Stipendien	-	(1)	-	(-)	-	(-)	-	(-)	-	(-)
Submission	1	(-)	1	(1)	-	(-)	2	(3)	2	(-)
Ökologisches Gleichgew.	-	(1)	-	(-)	-	(-)	-	(-)	-	(-)
Verfahrensrecht des Bundes	-	(-)	-	(-)	-	(-)	-	(-)	-	(-)
Verwaltungsrechtspflege	1	(-)	-	(-)	1	(-)	-	(-)	-	(1)
Weitere	-	-	2	(5)	2	(-)	1	(1)	3	(1)
Total	11	(7)	7	(3)	14	(6)	7	(8)	6	(9)

4.3 Weiterzüge an das Bundesgericht

Es wurden 2 (1) Verwaltungsgerichtsbeschwerden und 1 (-) Berufung beim Bundesgericht eingereicht. Auf 1 (1) Verwaltungsgerichtsbeschwerde trat das Bundesgericht nicht ein, 1 (-) wies es ab. Das Berufungsverfahren ist noch hängig.

Beim Eidgenössischen Versicherungsgericht wurden 8 (3) Verwaltungsgerichtsbeschwerden eingelegt. 3 (2) Beschwerden wurden abgewiesen, 3 (3) Beschwerden, davon 1 aus der Vorperiode, wurden gutgeheissen. 3 (1) Verfahren sind noch hängig.

Staatsrechtliche Beschwerden wurden beim Bundesgericht 5 (-) eingereicht. Auf 1 (-) trat das Bundesgericht nicht ein, 2 (1) wies es ab, 2 (-) hiess es teilweise gut.

5. Jugendgerichtskommission

Die Jugendgerichtskommission hatte wie in der Vorperiode keine Geschäfte zu erledigen.

6. Obergerichtspräsidium

6.1 Zivilprozess

6.1.1 Geschäftslast

angefallene Geschäfte	Neueingänge		aus Vorperiode übernommen		erledigt		pendent	
Gesuche	41	(14)	2	(4)	22	(16)	21	(2)

6.1.2 Rechtsgebiete/Art der Erledigung

	Abschrei- bung		Nicht- eintreten		Abweisung		ganze/teilweise Gutheissung		pendent	
Sicherheits- leistung	-	(-)	-	(-)	-	(-)	-	(-)	1	(-)
unentgeltliche Rechtspflege	10	(3)	-	(3)	8	(4)	4	(6)	19	(2)
aufschiebende Wirkung	-	(-)	-	(-)	-	(-)	-	(-)	-	(-)
dringliche Anordnungen	-		-		-		-		1	
Total	10	(3)	-	(3)	8	(4)	4	(6)	21	(2)

6.2 Strafprozess

6.2.1 Geschäftslast

angefallene Geschäfte	Neueingänge		aus Vorperiode übernommen		erledigt		pendent	
Gesuche	1	(2)	-	(1)	1	(3)	-	(-)
Rekurse	3	(-)	-	(-)	3	(-)	-	(-)
Total	4	(2)	-	(1)	4	(3)	-	(-)

6.2.2 Rechtsgebiete/Art der Erledigung

	Abschrei- bung		Nicht- eintreten		Abwei- sung		ganze/teil- weise Gutheissung		pendent	
notwendige/amtliche Verteidigung	-	(-)	-	(-)	-	(-)	1	(2)	-	(-)
weitere nach Strafprozessordnung	-	(1)	-	(-)	3	(-)	-	(-)	-	(-)
Total	-	(1)	-	(-)	3	(-)	1	(2)	-	(-)

V Staatsanwaltschaft

1. Tätigkeit

Strafbefehlsverfahren	2672	(2377)
Einstellungsverfahren	782	(652)
Verwarnungen (BetmG)	-	(4)
Verfahren vor den Landgerichten	119 *	(117) **
Strafverfahren vor Obergericht	24 ***	(19)
Strafverfahren vor Bundesgericht	6	(1)
Bussenumwandelungsverfahren	291	(213)
Vorzeitige Löschungen im Strafregister (Art. 201 StPO)	-	(4)
Total	3894	(3387)

* davon 5 Einsprachen gegen Bussenumwandelungsverfügungen

** davon 8 Einsprachen gegen Bussenumwandelungsverfügungen

*** davon 3 Rekurse gegen Bussenumwandelungsverfügungen

2. Bemerkungen

In der Berichtsperiode stieg die Anzahl Strafverfahren gegenüber 2002/03 über praktisch alle Bereiche um durchschnittlich 15 %. Im Jahr 2005 sind insgesamt 1890 Straffälle (ohne Bussenumwandelungsverfahren) bei der Staatsanwaltschaft zur Beurteilung eingegangen, was einer Zunahme gegenüber dem Vorjahr um rund 8 % entspricht. Davon waren 1081 Verfahren oder 57 % Verzeigungen wegen Geschwindigkeitsüberschreitungen.

VI Verhörerichter

A Ordentliche Verhörerichter

1. Allgemeines

Die Geschäfte wurden durch eine hauptamtliche Verhörerichterin und einen nebenamtlichen Verhörerichter (ca. 50 %), sowie durch das Sekretariat erledigt. Der nebenamtlich tätige Verhörerichter trat auf Ende Juni 2004 zurück. Die hauptamtlich tätige Verhörerichterin reichte die Kündigung auf Ende Dezember 2005 ein.

2. Tätigkeit

2.1 Eingelangte Untersuchungsgeschäfte

insgesamt	1104	(780)
- Rechtshilfe für auswärtige Amtsstellen	49	(80)
- Amtliche Untersuchungen nach ZPO	-	(6)
- Nichteröffnungen	7	(18)
- Gerichtsstand	12	(5)

2.2. Haftfälle

- männliche	13	(41)
- weibliche	2	(4)

2.3 Tatbestandsgruppen der Untersuchungsgeschäfte

a) StGB

Strafbare Handlungen gegen Leib und Leben		
- Vorsätzliche Tötung	-	(-)
- Fahrlässige Tötung	2	(10)
- Körperverletzung (inkl. Tätlichkeiten)	57	(36)
- Gefährdung des Lebens	2	(3)
Delikte gegen das Vermögen	110	(69)
Delikte gegen die Freiheit	34	(22)
Delikte gegen die Familie	10	(9)
Delikte gegen die sexuelle Integrität	25	(16)
Gemeingefährliche Delikte	26	(10)
Urkundenfälschung	6	(5)
andere Delikte	32	(14)

b) andere Bundesgesetze

SVG	582	(321)
ARV	4	(4)
SDR	6	(9)
BetmG	15	(13)
ANAG	36	(30)
Lotterieverordnung	-	(-)
verschiedene	53	(42)

c) kantonales Recht

4 (9)

d) ausserordentliche Todesfälle

Selbsttötung		
- männlich	9	(12)
- weiblich	6	(3)
tödliche Bergunfälle	5	(5)
andere Unfälle	3	(12)

e) andere Todesursache

9 (17)

3. Bemerkungen

In der Berichtsperiode wurde eine Zunahme der eingegangenen Untersuchungsgeschäfte verzeichnet. Verletzungen des Strassenverkehrsrechts waren häufiger als in der Vorperiode Gegenstand von Strafuntersuchungen. Ebenfalls haben Strafuntersuchungen wegen Vermögensdelikten zugenommen. Markant abnehmend war die Zahl der Haftfälle. Insgesamt konnten 936 Geschäfte erledigt werden und 470 in die laufende Geschäftskontrolle übertragen. Diese steigende Pendenzenzahl ist auf die Zunahme langwieriger internationaler Rechtshilfeersuchen wegen Geschwindigkeitsübertretungen zurückzuführen, von solchen sind derzeit 166 hängig.

B Ausserordentlicher Verhörer für Wirtschaftsdelikte

1. Rechtliche Grundlage, Zweck

Die Kantone Nidwalden, Obwalden und Uri schlossen am 21. August 1995 eine Vereinbarung im Bereich der Zusammenarbeit der strafrechtlichen Verfolgung von Wirtschaftsdelikten. Als Wirtschaftsdelikt i.S. dieser Vereinbarung gelten insbesondere Verbrechen und Vergehen, die auf dem Gebiete des kaufmännischen und wirtschaftlichen Verkehrs begangen werden, denen umfangreiche oder rechtlich bzw. tatbeständlich komplizierte Vorgänge zugrunde liegen, die sich in der Regel durch eine Vielzahl von Tatbeständen und Geschädigten sowie hohe Deliktsbeträge auszeichnen und deren Untersuchung wirtschaftliche Kenntnisse erfordert. Dabei sollen die Hälfte der Strafuntersuchungen den Kanton Nidwalden und je ein Viertel die Kantone Obwalden und Uri betreffen. Als Richtgrösse wurde damals von durchschnittlich vier pendenten Fällen ausgegangen.

Der Verhörer für Wirtschaftsdelikte nimmt zudem die Aufgabe als Meldestelle für Geldwäscherei für die Kantone Nidwalden, Obwalden und Uri wahr.

2. Tätigkeit in den Jahren 2004 und 2005

Beim Verhörer für Wirtschaftsdelikte waren am 1. Januar 2004 insgesamt 12 Strafuntersuchungen hängig, davon betrafen zwei den Kanton Uri. In der Berichtsperiode wurde ein Fall erledigt und ein neuer Fall wurde zugewiesen, so dass per 31. Dezember 2005 wiederum zwei Fälle pendent waren. Zu erwähnen ist, dass in beiden pendenten Fällen die Strafuntersuchung weit fortgeschritten ist. Zumindest ein Schlussbericht wird im ersten Halbjahr 2006 erstellt werden. Per 31. Dezember 2005 waren wiederum insgesamt 12 Fälle pendent, 6 aus dem Kanton Nidwalden, 4 aus dem Kanton Obwalden und 2 aus dem Kanton Uri.

Der zeitliche Aufwand für den Kanton Uri lag im Jahr 2004 bei 14% und im Jahr 2005 bei 18% des Gesamtaufwandes, somit unter dem Richtwert von 25%. Dadurch konnte der höhere Wert aus dem Jahr 2003 wieder ausgeglichen werden.

Aufgrund von Art. 23 Abs. 4 Geldwäschereigesetz orientierte die Meldestelle für Geldwäscherei (MROS) das Verhöramt für Wirtschaftsdelikte in der Berichtsperiode in drei Fällen über einen geldwäschereiverdächtigen Vorgang. Der Kantons Uri war davon jedoch nicht betroffen.

VII Jugendanwaltschaft

1. Allgemeines

In der Berichtsperiode 2004/05 ist eine leichte Abnahme der eingegangenen Fälle gegenüber der Vorperiode zu verzeichnen. Dies insbesondere im Bereich der Widerhandlungen gegen das StGB, wobei hier ein Grossteil der Anzeigen wegen Sachbeschädigung eingingen. Auffallend ist, dass knapp sechsmal mehr männliche Jugendliche straffällig werden, als weibliche. Diese Diskrepanz wird aber bei allen Schweizerischen Jugendanwaltschaften festgestellt.

Insgesamt wurden 8 vorsorgliche Massnahmen und zwei Begutachtungen verfügt. Haftfälle fielen keine in die Berichtsperiode. Von den nachfolgend aufgeführten pendenten Fällen sind 37 (16) strafrechtlich erledigt, der Strafvollzug ist jedoch noch nicht abgeschlossen.

In der Statistik nicht ersichtlich sind die Anzahl ambulanter Massnahmen oder Therapien, die gestützt auf Weisungen der Jugendanwaltschaft (Art. 91 Ziff. 1, Art. 94 Ziff. 4, Art. 96 Ziff. 2 oder Art. 97 Abs. 1 StGB) aufgenommen wurden. Dies wurde in 6 Fällen angeordnet.

2. Tätigkeit

2.1 Geschäftslast

Neueingänge	aus Vorperiode übernommen	erledigt	pendent
293 (323)	45 (39)	279 (317)	59 (45)

2.2 Art der Erledigung

Strafverfügungen	228	(223)
Einstellungsverfügungen	31	(46)
Aufschub der Strafe oder Massnahme	3	(4)
Überweisung nach Art. 372 StGB	2	(17)
Überweisung an den Verhörrichter	1	(1)
Überweisung an das Jugendgericht	1	(6)
kein Strafverfahren eröffnet	13	(24)

2.3 Art der Massnahmen oder Strafen

Verweise	24	(47)
Busse bedingt	13	(13)
Bussen	49	(31)
Arbeitsleistungen	53	(52)
Erziehungsmassnahmen	3	(1)
Absehen von Massnahmen oder Disziplinarstrafen	11	(14)
Verkehrsunterricht	74	(63)
Vollzug bedingt ausgesprochene Busse	-	(1)
Einschliessung bedingt	4	

2.4 Alter der Verurteilten

Kinder (7. – 15. Altersjahr)	128	(140)
weiblich	43	(33)
männlich	85	(107)
Jugendliche (15. – 18. Altersjahr)	153	(117)
weiblich	22	(31)
männlich	131	(146)

2.5 Delikte

StGB	89	(170)
SVG	205	(182)
BetmG	9	(9)
ANAG	1	(9)
Andere	19	(15)

3. Bemerkung

Ein Verfahren gilt erst mit Abschluss der Vollzugsmassnahme als erledigt.

Die mehrfache Begehung eines Deliktes (z.B. mehrfache Sachbeschädigung) durch ein Kind oder durch einen Jugendlichen wird in der Statistik nur einfach aufgeführt (Ziff. 2.5).

VIII Jugendgericht

1. Geschäftslast

angefallene Geschäfte	Neu- eingänge	aus Vorperiode übernommen	erledigt	davon ohne Motiv	pendent
Anklagen	1 (3)	- (-)	- (3)	- (-)	1 (-)
Gesuche	1 (7)	1 (-)	2 (6)	- (5)	- (1)
Total	2 (10)	1 (-)	2 (9)	- (5)	1 (1)

2. Art der Erledigung

	Abschreibung	Verurteilung	teilweiser Freispruch	vollständiger Freispruch
Anklagen	- (1)	- (2)	- (-)	- (-)
	Abschreibung	Abweisung	ganze/teilweise Gutheissung	
Gesuche	1 (2)	- (1)	1 (3)	

C Tätigkeit übriger Behörden

Als übrige Behörden gelten nichtrichterliche Behörden, die durch das Obergericht gewählt werden oder unter dessen Aufsicht stehen.

I Aufsichtskommission über die richterlichen Behörden und die Rechtsanwälte

1. Aufsicht über die richterlichen Behörden

1.1 Geschäftslast

angefallene Geschäfte	Neueingänge/ Einleitung		aus Vorperiode übernommen		erledigt		pendent	
Geschäftsprüfungen	12	(11)	-	(-)	12	(11)	-	(-)
Gesuche	9	(9)	1	(1)	10	(9)	-	(1)
Aufsichtsbeschwerden	4	(9)	1	(-)	5	(8)	-	(1)
Aufsichtsverfahren von Amtes wegen	-	(2)	-	(-)	-	(2)	-	(-)
Disziplinarverfahren	-	(-)	-	(-)	-	(-)	-	(-)
Total	25	(31)	2	(1)	27	(30)	-	(2)

1.2 Art der Erledigung

	Abschreibung		Nichteintreten		Abweisung		ganze/teilweise Gutheissung	
Gesuche	1	(3)	2	(2)	3	(2)	4	(2)

	Abschreibung		keine/keine weitere Folgegebung		Folgegebung/ Anordnung von Massnahmen	
Aufsichtsbeschwerden	-	(3)	5	(4)	-	(1)

	Schliessung des Verfahrens ohne Massnahmen		Anordnung von Massnahmen	
Aufsichtsverfahren von Amtes wegen	-	(2)	-	(-)

	Einleitung		Verzicht	
Disziplinarverfahren	-	(-)	-	(-)

2. Aufsicht über die Rechtsanwälte

2.1 Geschäftslast

angefallene Geschäfte	Neueingänge/ Einleitung		aus Vorperiode übernommen		Erledigt		pendent	
Gesuche	16	(37)	1	(-)	17	(37)	-	(-)
Aufsichtsbeschwerden	5	(2)	1	(-)	5	(1)	1	(1)
Aufsichtsverfahren von Amtes wegen	-	(-)	-	(-)	-	(-)	-	(-)
Disziplinarverfahren	-	(-)	-	(-)	-	(-)	-	(-)
Total	21	(39)	2	(-)	22	(38)	1	(1)

2.2 Art der Erledigung

	Abschreibung		Nichteintreten		Abweisung		ganze/teilweise Gutheissung	
Gesuche	1	(1)	1	(-)	1	(2)	14	(34)

	keine/keine weitere Folgegebung		Folgegebung/ Massnahmen	
Aufsichtsbeschwerden	5	(1)	-	(-)

	Schliessung des Verfahrens ohne Massnahmen		Anordnung von Massnahmen	
Aufsichtsverfahren von Amtes wegen	-	(-)	-	(-)

	Einleitung		Verzicht	
Disziplinarverfahren	-	(-)	-	(-)

3. Erteilung des kantonalen Anwaltspatentes

In der Berichtsperiode wurde lic. iur. Peter Nowak, Altdorf, lic. iur. Dominik Fürst, Altdorf, und lic. iur. Patricia Furger, Flüelen, das ernerische Anwaltspatent erteilt.

II Anwaltsprüfungskommission

1. Präsidium

1.1 Geschäftslast

angefallene Geschäfte	Neueingänge		aus Vorperiode Übernommen		erledigt		pendent	
Gesuche	8	(2)	-	(-)	8	(2)	-	(-)

1.2 Art der Erledigung

	Abschreibung		Nichteintreten		Abweisung		ganze/teilweise Guttheissung	
Gesuche	1	(-)	-	(-)	-	(-)	7	(2)

2. Kommission

2.1 Geschäftslast

angefallene Geschäfte	Neueingänge		aus Vorperiode übernommen		erledigt		pendent	
Anmeldung zur Notariatsprüfung	5	(8)	1	(-)	6	(8)	-	(-)
Anmeldung zur Anwaltsprüfung	3	(6)	-	(-)	3	(6)	-	(-)
Gesuche	1	(2)	1	(-)	2	(1)	-	(1)
Total	9	(16)	2	(-)	11	(15)	-	(1)

2.2 Art der Erledigung

	Abschreibung		Zulassung zur Prüfung		Nichtzulassung zur Prüfung	
Anmeldung zur Notariatsprüfung	1	(4)	5	(4)	-	(-)
Anmeldung zur Anwaltsprüfung	-	(-)	3	(6)	-	(-)
Total	1	(4)	8	(10)	-	(-)

	Abschreibung		Nichteintreten		Abweisung		ganze/teilweise Guttheissung	
Gesuche	1	(-)	-	(-)	1	(-)	-	(1)

	Bestanden		Nicht bestanden zum ersten Mal		zum zweiten Mal	
Notariatsprüfung	2	(2)	1	(1)	2	(1)
Anwaltsprüfung	3	(6)	-	(-)	-	(-)
Total	5	(8)	1	(1)	2	(1)

III Aufsichtsbehörde über Schuldbetreibung und Konkurs

1. Geschäftslast

angefallene Geschäfte	Neueingänge/ Einleitung		aus Vorperiode Übernommen		erledigt		pendent	
Geschäftsprüfungen	42	(43)	-	(-)	41	(43)	1	(-)
Gesuche	4	(3)	1	(-)	3	(2)	2	(1)
Beschwerden	10	(16)	1	(-)	8	(15)	3	(1)
Aufsichtsanzeigen	-	(2)	-	(-)	-	(2)	-	(-)
Aufsichtsverfahren von Amtes wegen	-	(2)	-	(-)	-	(2)	-	(-)
Disziplinarverfahren	-	(-)	-	(-)	-	(-)	-	(-)
Total	56	(66)	2	(-)	52	(64)	6	(2)

2. Art der Erledigung

	Abschreibung		Nichteintreten		Abweisung		ganze/teilweise Gutheissung	
Gesuche	1	(-)	-	(-)	2	(-)	-	(2)
Beschwerden	3	(12)	3	(-)	2	(1)	-	(2)
Total	4	(12)	3	(-)	4	(1)	-	(4)

	Keine/keine weitere Folgegebung		Folgegebung	
Aufsichtsanzeigen	-	(2)	-	(-)

	Schliessung des Verfahrens ohne Massnahmen		Anordnung von Massnahmen	
Aufsichtsverfahren von Amtes wegen	-	(1)	-	(1)

	Einleitung		Verzicht	
Disziplinarverfahren	-	(-)	-	(-)

Die Geschäftsprüfungen zeigten allgemein wiederum eine gute bis sehr gute Amtsführung.

IV **Betreibungsämter**

1. **Tätigkeiten nach SchKG**

Die Geschäftslast ergibt sich aus der Betreibungsstatistik.

Betreibungsamt	Zahlungs- befehle		Pfändungs- ankündigungen		Pfändungen		Verwertungs- begehren		Konkurs- androhungen	
	04/05	*02/03	04/05	*02/03	04/05	*02/03	04/05	*02/03	04/05	*02/03
Altdorf	3141	(3161)	1689	(1632)	1802	(1737)	1163	(1120)	118	(132)
Andermatt	413	(415)	237	(263)	142	(166)	64	(57)	26	(13)
Attinghausen	306	(445)	198	(300)	161	(147)	75	(71)	19	(6)
Bauen	25	(23)	11	(8)	11	(8)	11	(2)	3	(-)
Bürglen	532	(614)	364	(286)	219	(181)	120	(77)	10	(1)
Erstfeld	1538	(1520)	1268	(978)	921	(557)	492	(281)	37	(7)
Flüelen	623	(589)	399	(337)	197	(133)	5	(1)	10	(18)
Göschenen	149	(161)	73	(93)	39	(76)	-	(-)	1	(-)
Gurtellen	285	(271)	179	(147)	131	(65)	52	(17)	-	(-)
Hospental	64	(61)	34	(14)	12	(8)	7	(-)	2	(1)
Isenthal	39	(31)	11	(6)	1	(-)	-	(-)	-	(-)
Realp	31	(50)	11	(25)	7	(20)	-	(-)	-	(-)
Schattdorf	587	(629)	269	(262)	141	(114)	-	(5)	-	(17)
Seedorf	207	(310)	140	(159)	95	(86)	48	(42)	1	(3)
Seelisberg	122	(84)	46	(2)	29	(2)	-	(-)	-	(-)
Silenen	355	(346)	198	(124)	160	(97)	75	(53)	20	(-)
Sisikon	64	(49)	47	(4)	25	(2)	10	(2)	-	(-)
Spiringen	160	(123)	88	(62)	54	(52)	31	(23)	11	(2)
Unterschächen	58	(53)	25	(20)	1	(-)	-	(-)	-	(-)
Wassen	98	(174)	45	(102)	16	(88)	-	(-)	-	(-)
Total	8797	(9109)	5332	(4824)	4164	(3539)	2153	(1751)	258	(200)

* berichtigte Zahlen

2. **Weitere Tätigkeiten**

Die Betreibungsämter führten auch in der vorliegenden Berichtsperiode das Eigentumsvorbehaltsregister sowie das Viehverschreibungsprotokoll.

V Konkursamt

Beim Konkursamt gingen in der Berichtsperiode 44 (14) Konkurse ein. Mit den aus der Vorperiode übernommenen Verfahren konnten 35 (16) Verfahren abgeschlossen werden, so dass 9 (3) Verfahren noch nicht erledigt werden konnten. Die Verluste aus ordentlichen und summarischen Konkursverfahren betragen im Jahre 2004 Fr. 2'147'661.50 (2002: Fr. 3'344'534.31) und 2005 Fr. 2'626'593.61 (2003: Fr. 980'277.72), somit total Fr. 4'774'255.11 (Fr. 4'324'812.03). Zudem gingen beim Konkursamt 3 (5) Rechtshilfebegehren ein, wovon 2 (4) erledigt werden konnten.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass die Zahl der Konkursöffnungen in der Berichtsperiode gegenüber der Vorperiode deutlich zugenommen hat und somit mit etwas Verzögerung nun auch im Kanton Uri dem schweizerischen Trend entspricht.

VI Schätzungskommission im Expropriationsverfahren

In der Berichtsperiode ging ein Gesuch um Einleitung eines Schätzungsverfahrens ein. Die Angelegenheit konnte mittels einer erfolgreichen Vermittlung und dem Abschluss des Expropriationsvertrages abgeschlossen werden.

3. Teil: Abkürzungsverzeichnis

3. Teil: Abkürzungsverzeichnis

a	alt
A. Rh.	Appenzell Ausserrhoden
a.a.O.	am angeführten Ort
aArt.	alter Artikel
Abs.	Absatz
aBV	alte Bundesverfassung
act.	Actorum (Beleg)
AG	Aktiengesellschaft oder Aargau
AGVE	Aargauische Gerichts- und Verwaltungsentscheide
AHVG	Bundesgesetz über die Alters- und Hinterbliebenenversicherung vom 20. Dezember 1946 (SR 831.10)
AJP	Aktuelle Juristische Praxis
ALV	Arbeitslosenversicherung
ANAG	Bundesgesetz über Aufenthalt und Niederlassung vom 26. März 1931 (SR 142.20)
aRPG	altes Raumplanungsgesetz
Art.	Artikel
ARV	Verordnung vom 19. Juni 1995 über die Arbeits- und Ruhezeit der berufsmässigen Motorfahrzeugführer und -führerinnen (ARV 1) (SR 822.221); Verordnung vom 6. Mai 1981 über die Arbeits- und Ruhezeit der berufsmässigen Führer von leichten Personentransportfahrzeugen und schweren Personenwagen (ARV 2) (SR 822.22)
ATSG	Bundesgesetz über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts vom 6. Oktober 2000 (SR 830.1)
Aufl.	Auflage
AusG	Gesetz über den Ausstand vom 25. September 1977 (RB 2.2321)
AVIG	Bundesgesetz über die obligatorische Arbeitslosenversicherung und die Insolvenzenschädigung (Arbeitslosenversicherungsgesetz) vom 25. Juni 1982 (SR 837.0)
BauG	Baugesetz des Kantons Uri vom 10. Mai 1970 (RB 40.1111)
BBI	Bundesblatt
BdBSt	Bundesratsbeschluss über die Erhebung einer direkten Bundessteuer vom 9. Dezember 1940; aufgehoben seit dem 1. Januar 1995

Beil.	Beilage
BetmG	Bundesgesetz über die Betäubungsmittel und die psychotropen Stoffe (Betäubungsmittelgesetz) vom 3. Oktober 1951 (SR 812.121)
BGBM	Bundesgesetz über den Binnenmarkt (Binnenmarktgesetz) vom 6. Oktober 1995 (SR 943.02)
BGE	Amtliche Sammlung der Entscheidungen des Schweizerischen Bundesgerichts (Bundesgerichtsentscheide)
BGFA	Bundesgesetz über die Freizügigkeit der Anwältinnen und Anwälte (Anwaltsgesetz) vom 23. Juni 2000 (SR 935.61)
BJM	Basler Juristische Mitteilungen (Basel; bis 1953: AGE)
BISchK	Blätter für Schuldbetreibung und Konkurs, Hrsg. von der Konferenz der Betreibungs- und Konkursbeamten der Schweiz
BLVGE	Basellandschaftliche Verwaltungsgerichtsentscheide (Liestal)
BoeB	Bundesgesetz über das öffentliche Beschaffungswesen vom 16. Dezember 1994 (SR 172.056.1)
BR	Baurecht, Mitteilungen des Instituts für Schweizerisches und Internationales Baurecht, Universität Freiburg
BRK	Eidgenössische Rekurskommission für das öffentliche Beschaffungswesen
bspw.	beispielsweise
BV	Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft vom 18. April 1999 (SR 101)
BVG	Bundesgesetz über die berufliche Alters-, Hinterbliebenen und Invalidenvorsorge vom 25. Juni 1982 (SR 831.40)
bzw.	beziehungsweise
ca.	circa
d.h.	das heisst
DBG	Bundesgesetz über die direkte Bundessteuer vom 14. Dezember 1990 (SR 642.11)
Dr.	Doktor
E.	Erwägung
EG	Einführungsgesetz
EMRK	Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten (Europäische Menschenrechtskonvention) vom 4. November 1950 (SR 0.101)
f.	und folgende Seite
ff.	und folgende Seiten
Fn	Fussnote
Fr.	Franken

FS	Festschrift
GebV	Verordnung über die Gebühren und Entschädigungen vor Gerichtsbehörden (Gerichtsgebührenverordnung) vom 16. Dezember 1987 (RB 2.3231)
GOG	Gesetz über die Organisation der richterlichen Behörden (Gerichtsorganisationsgesetz) vom 17. Mai 1992 (RB 2.3221)
GPA	Gatt/WTO-Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen vom 15. April 1994 (SR 0.632.231.422)
GS-Schätzung	Grundstücksschätzung
GStG	Gesetz über die Grundstückgewinnsteuer vom 1. Dezember 1996 (RB 3.2231)
HB	Hypothekarbuchblatt
Hrsg.	Herausgeber
i.S.	im Sinne von / in Sachen
i.V.m.	in Verbindung mit
inkl.	inklusive
IV	Invalidenversicherung
IVG	Bundesgesetz über die Invalidenversicherung vom 19. Juni 1959 (SR 831.20)
IVöB	Interkantonale Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen vom 25. November 1994 (RB 3.3111)
JSG	Bundesgesetz über die Jagd und den Schutz wildlebender Säugetiere und Vögel (Jagdgesetz) vom 20. Juni 1986 (SR 922.0)
Kap.	Kapitel
KV	Verfassung des Kantons Uri vom 28. Oktober 1984 (RB 1.1101)
KVG	Bundesgesetz über die Krankenversicherung vom 18. März 1994 (SR 832.10)
lic. iur.	Lizentiat der Jurisprudenz
lic. oec.	Lizentiat der Wirtschaftswissenschaften
lic. phil.	Lizentiat der philosophischen Wissenschaften
lit.	litera (Buchstabe)
LU	Luzern
M.a.W.	mit anderen Worten
m.H.	mit Hinweisen
N.	Note
Nr.	Nummer
NZZ	Neue Zürcher Zeitung

OG	Bundesgesetz über die Organisation der Bundesrechtspflege (Bundesrechtspflegegesetz) vom 16. Dezember 1943 (SR 173.110)
OR	Bundesgesetz betreffend die Ergänzung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (Fünfter Teil: Obligationenrecht) vom 30. März 1911 (SR 220)
Pra	Die Praxis des Bundesgerichts
publ.	publiziert
PVG	Die Praxis des Verwaltungsgerichtes von Graubünden
Pz	Parzelle
RB	Urner Rechtsbuch
RFJ	Revue fribourgeoise de jurisprudence
RN/Rn.	Randnote
Rnr.	Randnummer
RPG	Bundesgesetz über die Raumplanung (Raumplanungsgesetz) vom 22. Juni 1979 (SR 700)
RPV	Raumplanungsverordnung vom 28. Juni 2000 (SR 700.1)
RRB	Regierungsratsbeschluss
Rz.	Randziffer
S.	Seite
s.	siehe
SchKG	Bundesgesetz über Schuldbetreibung und Konkurs vom 11. April 1889 / 16. Dezember 1994 (SR 281.1)
SDR	Verordnung über die Beförderung gefährlicher Güter auf der Strasse vom 29. November 2002 (SR 741.621)
SG	St. Gallen
SGGVP	St. gallische Gerichts- und Verwaltungspraxis (St. Gallen)
SHG	Gesetz über die öffentliche Sozialhilfe (Sozialhilfegesetz) vom 28. September 1997 (RB 20.3421)
sog.	sogenannt
SR	Systematische Sammlung des Bundesrechts
St.	Sankt
StG	Gesetz über die direkten Steuern im Kanton Uri vom 17. Mai 1992 (RB 3.2211)
StGB	Schweizerisches Strafgesetzbuch vom 21. Dezember 1937 (SR 311.0)
StHG	Bundesgesetz über die Harmonisierung der direkten Steuern der Kantone und Gemeinden vom 14. Dezember 1990 (SR 642.14)

StPO	Strafprozessordnung vom 29. April 1980 (RB 3.9222)
SubV	Verordnung über das öffentliche Beschaffungswesen vom 11. Dezember 1996 (RB 3.3112)
SVG	Strassenverkehrsgesetz vom 19. Dezember 1958 (SR 741.01)
SVR	Sozialversicherungsrecht-Rechtsprechung
Tgb.	Tagebuch
u.a.	unter anderem
u.U.	unter Umständen
UR	Uri
UVG	Bundesgesetz über die Unfallversicherung vom 20. März 1981 (SR 832.20)
UWG	Bundesgesetz gegen den unlauteren Wettbewerb vom 19. Dezember 1986 (SR 241)
vgl.	vergleiche
VI	Vorinstanz
VPB	Verwaltungspraxis der Bundesbehörden
VRöB	Vergaberichtlinien (Fassung vom 01.12.1995) aufgrund der IVöB
VRPV	Verordnung über die Verwaltungsrechtspflege vom 23. März 1994 (RB 2.2345)
VRV	Verkehrsregelnverordnung vom 13. November 1962 (SR 741.11)
VVG	Bundesgesetz über den Versicherungsvertrag vom 2. April 1908 (SR 221.229.1)
z.B.	zum Beispiel
ZBI	Schweizerisches Zentralblatt für Staats- und Verwaltungsrecht
ZGB	Schweizerisches Zivilgesetzbuch vom 10. Dezember 1907 (SR 210)
Ziff.	Ziffer
ZPO	Zivilprozessordnung vom 23. März 1994 (RB 9.2211)
ZStrR	Schweizerische Zeitschrift für Strafrecht